

BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 24-2025

Gänsepopulation wächst – Handlungsbedarf steigt **BFF-BIG: „Belästigung mittlerweile unzumutbar“**

Egal ob in Parks, Freibädern oder am Mainufer – die Nilgans und die Kanadagans sind allgegenwärtig. Gemeinsam mit der einheimischen Grauganspopulation dominieren sie die öffentlichen Erholungsorte der Frankfurter Bürger. Dabei verdrängen sie durch ihr aggressives, territorial motiviertes Verhalten kleinere einheimische Wasservögel wie Stockenten und Blesshühner.

Experten wie Martin Rümmler (Nabu) und Oliver Weirich (Diplom-Biologe) äußern Besorgnis über die städtische Inkonsequenz bei der Eindämmung der invasiven Populationen. Laut ihren Prognosen wird der Artenbestand weiter ansteigen, was die Situation zusätzlich verschärft. Bereits im Jahr 2017 wurde der Magistrat aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, da die gesundheitlichen Risiken durch den Kot der Vögel zwar gering sind, dennoch nicht außer Acht gelassen werden sollten. Dieser kann Krankheiten übertragen, die insbesondere auf Liegewiesen oder im Schwimmbad eine Gefahr für die Kleinsten in unserer Gesellschaft darstellen.

Trotz der seinerzeit erfolgten Debatte im Römer, bei der ein „Runder Tisch Nilgans“ Strategien zur nachhaltigen Eindämmung entwickeln sollte, blieb das Projekt weitgehend erfolglos. Die Populationen breiten sich seitdem ungehindert in der Stadt aus.

Die BFF-BIG-Fraktion fordert nun erneut dringendes und vor allem nachhaltiges Handeln. Ihr sicherheitspolitischer Sprecher, Dr. Uwe Schulz erklärt: „Die Beeinträchtigung und Belästigung durch die Nilgänse ist eine unzumutbare Belastung für die Frankfurter Bürger. Zudem zerstören die Gänse landwirtschaftliche Flächen, etwa die Kräuterpolder in Oberrad.“ Schulz betont: „Die Stadt kann solch eine Zerstörung nicht einfach hinnehmen.“ Andernfalls könnten Maßnahmen wie in den Niederlanden notwendig werden, wo 2014 eine beträchtliche Anzahl der Tiere mit Kohlendioxid getötet werden musste, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Schäden zu begrenzen. Sein abschließender Appell: „Es kann doch wirklich nicht im Interesse des Magistrats liegen, die Situation so weit eskalieren zu lassen, dass dann auch in Frankfurt zu solch drastischen Mitteln gegriffen werden muss.“

Frankfurt am Main, 13. Juni 2025